

**Antragsteller:innen:**

Kreisvorstand Die Linke Burgenlandkreis

**Änderungsantrag Nr. 28**

Zeile 3049

Ergänzung des Punktes wie folgt:

- Das Land konsolidiert seinen Haushalt auch auf Kosten der Kommunen – durch Unterfinanzierung des kommunalen Finanzausgleichs (KFA), insbesondere bei Schlüsselzuweisungen und Sonderbedarfsergänzungszuweisungen. *Dies hat dazu geführt, dass die Umlagefinanzierung der Landkreise und Verbandsgemeinden für ihre eigene Haushaltskonsolidierung zunehmend die Finanzen ihrer Mitgliedsgemeinden beeinträchtigt und deren Rechte verletzt. Dieser Umstand ist seit Jahren bekannt, weil immer mehr Gemeinden erfolgreich gegen die Umlagen klagen, doch das Land tut nichts.*

Begründung:

Kommunen haben nach dem Grundgesetz ein Recht auf kommunale Selbstverwaltung. Um dieses Recht sicherzustellen, steht den Kommunen per Verfassung das Aufkommen der Grundsteuern und der Gewerbesteuer zur Verfügung. Da die Gebietszusammenschlüsse wie Landkreise oder Verbandsgemeinden keine eigenen Einnahmequellen haben, müssen diese sich aus den Einnahmen ihrer Mitgliedsgemeinden finanzieren. Diese Praxis hat dazu geführt, dass Kommunen den Großteil ihrer Einnahmen als Umlagen abtreten müssen. Da das Land sich weigert, die Kommunen ordentlich finanziell auszustatten, kannibalisieren sich die Kommunen jetzt gegenseitig. Immer mehr Mitgliedsgemeinden werden von den Umlagen finanziell erdrückt, obwohl dies eigentlich ausgeschlossen sein sollte, weil die Gebietszusammenschlüsse ihre eigenen Defizite an ihre Mitglieder weitergeben. In den letzten Jahren sind immer mehr Mitgliedsgemeinden gegen die aktuelle Umlagepraxis vor Gericht gezogen und gewinnen immer wieder, doch ändern tut sich nichts. Die Verwaltungsgerichte geben seit Jahren die gleichen Urteile aus. In der Praxis hat die Rechtsprechung die geltende Gesetzeslage seit Jahren überholt. Doch während die Kommunen sich gegenseitig mit Klagen überziehen, hält das Land weiter an der aktuellen Finanzierung der Kommunen fest. Dieser kritische Umstand bei der Finanzierung der Kommunen wird nicht erwähnt, obwohl er zentral ist. Mit der Einfügung soll dieser Kritikpunkt an der Finanzpolitik des Landes aufgenommen werden.